

i.A.22.14.7.3.-CB/VIV

Bern. den 2. April 1990

VERTRAULICHInformations hebdomadaires 14/90

<u>Index:</u>	<u>Page</u>
1) Visite officielle de M. René Felber au Danemark. les 29 et 30 mars 1990	
A) Gespräche mit Ministerpraesident Poul Schlueter (s), in Anwesenheit von Aussenminister Uffe Ellemann-Jensen (e), 29.03.2990	2
B) Gespräch mit Aussenminister Uffe Ellemann-Jensen, 29.03.1990	3
2) Politische Gespräche von Staatssekretär Klaus Jacobi in Washington, 27.-29. März 1990	5
3) Visite du Chef de la Division politique II en Afrique Australe (Afrique du Sud et Zimbabwe)	14

1) Visite officielle de M. René Felber au Danemark, les 29 et 30 mars 1990

A) gespraech mit ministerpraesident poul schlueter (s), in anwesenheit von aussenminister uffe ellemann-jensen (e), 29.03.1990

nach einer sehr freundlichen begruessung durch (s) schildert auf dessen wunsch hin bundesrat felber (brf) die position der schweiz mit bezug auf die beziehungen eg-efta. es sind nicht politische ueberlegungen sondern langerprobte, traditionelle institutionen (direkte demokratie, foederalismus, neutralitaet), die einen beitritt der schweiz zu den eg verunmoeglichen. diese institutionen gewaehrleisten der schweiz als willensnation das notwendige sprachlich- kulturelle, interne gleichgewicht. mit bezug auf die eg seien unterschiedliche tendenzen in der deutschen schweiz einerseits, im tessin und der romandie andererseits festzustellen. der bundesrat hat 1988 beschlossen zum gegenwaertigen zeitpunkt auf einen beitritt zu verzichten, auch weil er zur kenntnis nahm, dass die eg sich bis 1993 auf die verwirklichung des europaeischen binnenmarktes zu konzentrieren gedachten. aber als pragmatiker schliessen wir die tuere nicht definitiv. die verstaerkte zusammenarbeit im rahmen des angestrebten ewr bedeutet eine angewoehnung, die einen spaeteren beitritt erleichtern koennte. darueber wird das volk mit qualifizierter mehrheit entscheiden muessen. mit bezug auf den ewr wollen wir nichts ueberstuerzen - uns ist an einem inhaltlich guten abkommen in ca. einem jahr gelegen.

(s) versichert, dass daenemark im positiven sinn zum erfolg der annaeherung zwischen eg und efta beitragen wird. realismus ist jedoch angezeigt. waehrend die technischen probleme bei gutem willen leicht zu loesen sind, wirft der beschlussfassungsprozess gewisse probleme auf. die erwartungen der efta-staaten werden schwer zu erfuellen sein. dies liegt an der verschiedenartigkeit der partner - einerseits die eg mit obligatorischen beschluessen, qualifizierten mehrheiten- und andererseits die efta (laender). (s) drueckt die erwartungen aus, dass bald einmal - oesterreich - und spaeter auch norwegen der eg angehoren werden.

brf weist darauf hin, dass das beschlussfassungsprozedere nur ein, allerdings wichtiges element bei der aushandlung des ewr ist. er unterstreicht, dass wir kein mitspracherecht bei eg- internen entscheiden beanspruchen. was wir fordern ist ein mechanismus, der es uns erlaubt unsere haltung darzulegen bei entscheiden, die uns betreffen, oder die moeglichkeit, eine automatische ausdehnung solcher entscheide auf die schweiz anzusetzen. alles andere bedeutete satellisierung. brf gibt der erwartung ausdruck, dass konkrete konfliktfaelle nicht haeufig sein werden, weil die schweiz ja mit dem ewr auch den ''acquis communautaire'' uebernehmen wird. das problem des ausschlusses vom mitentscheidungsrecht liegt mehr im politisch-psychologischen.

(e) sieht sehr grosse praktische probleme bei der beschlussfassung. man sucht die quadratur des zirkels. die efta-laender koennten versucht sein, aus protektionistischen gruenden unterschiedliche standards (z.bsp. im bereich des umweltschutzes) ansetzen zu wollen. vor allem frankreich habe derartige bedenken geaeussert.

brf sieht dieses risiko nicht. die schweiz setzt sich mit einer ausnahme (landwirtschaft) fuer die liberalisierung des handels ein. deshalb die bedeutung, die wir der uruguayrunde beimessen. im uebrigen stehen im umweltbereich alle laender vor den gleichen, grenzueberschreitenden problemen. schon heute verlangen wir generell, dass alle gesetzesvorlagen auf ihre uebereinstimmung mit recht der eg geprueft werden. dies zeigt, dass wir auf konvergenz und nicht auf divergenz aus sind. uebergangsbestimmungen werden aber notwendig sein, ohne dass wir davon ausgingen, dass deren dauer in allen faellen jener entspricht, die spanien und portugal bei ihrem beitritt eingeraeumt wurden.

(e) unterstreicht, dass seit der rede delors im januar 1989 eine neue situation entstanden ist, die nicht vorausgesehen werden konnte. die prioritaaeten der eg-staaten haben sich geaendert. im vordergrund steht heute wegen deutschland eine innere staerkung der eg. das hat auswirkungen auf den ewr. bei der formulierung des verhandlungsmandates fuer die kommission zeichnet sich eine verzoeegerung ab, angesichts der kritik, der sich die kommission vor dem europaeischen parlament ausgesetzt sah und weil mit einwendungen gewisser mitgliedstaaten zu rechnen ist. das gilt nicht fuer daenemark. es ist angesichts seiner engen verbindung mit der efta an einem raschen abschluss der verhandlungen interessiert.

B) Gespraech mit Aussenminister Uffe Ellemann-Jensen, 29.03.1990

Anknuepfend an den Gedankenaustausch mit Premierminister Schlueter erorterten die beiden Aussenminister den Stand der europaeischen Integration und der europaeischen Sicherheitspolitik im Lichte der neuesten Entwicklungen in Osteuropa.

a) Europaeische Integration

Bundesrat Felber (BRF) unterstrich das Interesse der Schweiz am direkten Dialog mit den einzelnen Mitgliedstaaten der EG, vor allem den kleinen und mittleren, als Ergaenzung zu den Kontakten mit der EG-Kommission. Er betonte die Bedeutung des EWR als Instrument der europaeischen Integration und den Willen der Schweiz, sich an diesem Prozess zu engagieren. Er erwahnte den Umweltschutz und die Bildung und Forschung als wichtige Bereiche der angestrebten Zusammenarbeit in Europa, er wies andererseits auf die Gruende hin, weshalb die Schweiz beim freien Personenverkehr sich eine Ausnahme vorbehalten muesse. BRF betonte schliesslich, dass die Schweiz bei den anstehenden Verhandlungen zum "decision shaping" keine Loesungen annehmen werde, die einer Satellitisierung gleichkaeme.

Die Entwicklung in Osteuropa, so betonte BRF, bilde einen wichtigen Beweggrund zur baldigen Realisierung des EWR, da dadurch die Herausforderung der wirtschaftlichen Foerderung in Osteuropa besser bewaeltigt werden koenne.

Aussenminister Ellemann-Jensen (E.) umschrieb das fundamental veraenderte Umfeld, in welchem die europaeische Zusammenarbeit in eine entscheidende Phase trete, und in welchem europaeische Zusammenarbeit im traditionellen Sinne und europaeische Sicherheitspolitik direkt zueinander in Beziehung stueden (deutsche Wiedervereinigung, Aspirationen in Osteuropa, EG/EFTA, Kontaktsuche der Mittelmeerlaender zur EG). Obwohl E. die deutsche Wiedervereinigung grundsuetzlich begruesst, verschwieg er nicht ein gewisses Unbehagen Daenemarks darueber, dass mit einem wiedervereinigten Deutschland bald ein 'Elefant im Nest' sein werde. E. betonte mit Nachdruck die Notwendigkeit, dieses Deutschland in den europaeischen Rahmen einzubetten.

Die in Osteuropa notwendige massive wirtschaftliche Unterstuetzung werde viel Energie absorbieren, weshalb zu befuerchten sei, dass der EWR-Prozess etwas verzoeigert werden koennte.

E. betont bezueglich der EG/EFTA-Beziehungen, dass Daenemark schon lange vor der Delors-Initiative auf engere Beziehungen der Gemeinschaft mit der EFTA hingewirkt habe. Die EFTA sei fuer Daenemark der wichtigste Handelspartner. E. aeussert aber gewisse Bedenken, dass die hohen Erwartungen, die vor allem die nordischen EFTA-Staaten an den EWR binden, zu Enttaeusungen fuehren koennten. Daenemark werde aber am EG-Gipfel in Dublin dafuer eintreten, dass neben der deutschen Einheit und Osteuropa die Verhandlungen mit der EFTA nicht vergessen werden.

b) Sicherheitspolitik

In den sicherheitspolitischen Aspekten der deutschen Wiedervereinigung sehen E. und BRF grundsuetzliche Uebereinstimmung. E. glaubt, dass angesichts des auseinanderfallenden Warschaupaktes ein neuer Rahmen fuer die Fortsetzung der Abruestungsverhandlungen in Europa gefunden werden muesse. Die NATO muesse intakt bleiben.

Das Verhalten der UdSSR in den baltischen Republiken verurteilt E. getreu seinen bisherigen Verlautbarungen als gefaehrlich und abwegig. Die Frage der Anerkennung Litauens stelle sich eigentlich fuer ihn nicht, da Daenemark bereits 1921 diese Republik als souveraeenen Staat anerkannt habe. Er gesteht jedoch ein, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen in der gegenwaertigen Lage nur Probleme schaffen wuerde. BRF weist seinerseits darauf hin, dass die Schweiz Litauen schon im Jahre 1920 anerkannt habe.

BRF weist auf die nationalistischen Tendenzen in Osteuropa hin. Die Suche nach einem Mechanismus zur friedlichen Beilegung von Konflikten im Sinne des schweizerischen Vorschlages erhalte dadurch noch groessere Bedeutung. Er informiert seinen daenischen Kollegen ueber seine vielseitigen Kontakte in Davos mit osteuropaeischen Ministern, an denen auch die Frage der Direktinvestitionen eroertert worden sei. E. orientiert seinerseits ueber das neue daenische Modell zur Investitionsfoerderung in Osteuropa, in dem Mittel aus einem oeffentlichen Fonds bereitgestellt werden koennen, wenn eine daenische Firma mit einem osteuropaeischen Partner ein Joint Venture eintrete. Ebenso werde eine Garantie fuer politische Risiken angeboten.

- 2) Politische Gespräche von Staatssekretär Klaus Jacobi in Washington, 27. - 29. März 1990.

Ost-West-Beziehungen

Im Zentrum der Ost-West-Beziehungen steht heute eindeutig die deutsche Frage. Die USA stehen für eine volle Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschland in der NATO ein und wenden sich gegen allfällige neue Restriktionen für Deutschland, die in den 2+4-Gesprächen allenfalls vorgeschlagen werden könnten. Substantielle Fragen, wie die Zukunft Deutschlands an sich, die Zukunft der Bundeswehr oder der auf deutschem Boden gelagerten Atomwaffen wollen die USA aus dieser Runde fernhalten, doch rechnet man damit, dass die UdSSR entsprechende Vorstösse unternehmen wird. Deutlich wird auch unterstrichen, dass sich die Rolle Polens an diesen Gesprächen auf die Präsentation seiner Haltung zu Handen der Sechs beschränken wird.

In den Kontext der Ost-West-Beziehungen gehört die Open-Skies-Konferenz, wo JAC den festen Willen der Schweiz bekundet, zusammen mit den anderen drei Neutralen teilnehmen zu können. Es sei untragbar, dass eine vertrauensbildende Massnahme, wie sie ein Abschluss dieser Konferenz darstelle, nicht in ganz Europa gelte. Sollte die Schweiz ausgeschlossen sein, würde dies die Frage der Ueberflüge der Schweiz aufwerfen. Haupthinderungsgrund für die USA, einer Teilnahme sofort zuzustimmen, sei im Anschluss an das Communiqué der N+N von Malta die Tatsache, dass diese Gruppe als solche eine Teilnahme verlange, was das Problem Zyperns auf den Tisch bringe. JAC erklärt, die jetzige Vorsprache sei davon getrennt zu betrachten und betreffe nur die vier Neutralen allein, die bilateral mittels gemeinsamer Demarchen einen Einschluss beantragen. Diese Demarche erfolge am 1. April. Die amerikanische Seite verspricht Prüfung.

Spezielle Sorge bereitet die Entwicklung in Litauen. Von der Reaktion Gorbatschows hänge es ab, ob die in den letzten Jahren erreichten Fortschritte in den Bereichen Abrüstungsverhandlungen, KSZE, START und auf bilateralem Gebiet (Gipfel) nicht zunichte gemacht werden. Gorbatschow befinde sich in der Zwickmühle. Einerseits könne er die Sezession nicht einfach hinnehmen, ohne den zukünftigen Bestand der Sowjetunion zu gefährden. Andererseits werde Litauen unbeirrt den eingeschlagenen Weg weiterverfolgen, sobald der Druck aus Moskau nur im geringsten nachlässt.

Was die KSZE betrifft, so hält sich bei den USA die Begeisterung für den Gipfel 1990 in Grenzen, vor allem, da die Agenda noch völlig unklar sei. Die USA würden sich bemühen, die deutsche Frage, welche im Rahmen der 2+4-Gespräche zu regeln sei, nicht zum Gegenstand der Diskussionen an diesem Gipfel zu machen, der sich vornehmlich dem Problemkreis CFE zu widmen habe. Ueberhaupt sei auch damit zu rechnen, dass Bonn eine Verschiebung des Gipfels auf einen Zeitpunkt nach den deutschen Wahlen vom Dezember beantragen werde. Die USA wenden sich gegen die Institutionalisierung der KSZE im Sinne einer Ablösung der NATO und des Warschauer Pakts. Nur die NATO halte die militärische Präsenz der USA in Europa aufrecht, was von den ehemaligen osteuropäischen Satellitenstaaten als Gegengewicht gegen die Sowjetunion nicht ungerne gesehen werde und auch die Ängste vor einem vereinigten Deutschland dämpfe. Die amerikanischen Gesprächspartner nehmen mit Interesse die schweizerischen Ausführungen zur Kenntnis, wonach die KSZE eine Art Schirm über den bestehenden Säulen der Allianzen bilde. Besonderes Interesse findet hier die Idee einer "dezentralisierten Institutionalisierung", wonach einzelne Sachsekretariate zu den wichtigsten Fragen wie vertrauensbildende Massnahmen oder friedliche Streit-erledigung je einem einzelnen Land zugeordnet würden.

Beim Ueberblick über die Hilfsmassnahmen zugunsten Osteuropas, wo JAC das schweizerische Massnahmenpaket vorstellt, stellen die USA fest, dass ob der euphorischen Blicke nach Osten, eines der bedeutendsten Probleme, nämlich Jugoslawien, vergessen werde. Nur mit massiver Hilfe auch für dieses Land könne verhindert werden, dass Jugoslawien in näherer Zukunft zu einem zweiten Libanon

verkomme.

Abrüstung

Die USA möchten die wichtigsten Punkte des CFE I-Abkommens bis zum geplanten Gipfel im Juni klären, um im Laufe des Sommers und im Herbst einen Text zu erarbeiten, der wahrscheinlich im November unterzeichnet werden kann. Immer noch offene Fragen betreffen die Anzahl der Flugzeuge sowie das Problem der Vernichtung oder Ausserbetriebsetzung von konventionellen Waffen anstelle deren Weiterverwendung durch Drittstaaten vor allem der südlichen Hemisphäre.

Vor allem drei Gründe drängen die USA zum Abschluss eines Abkommens: Der Vertrag stellt symmetrische Kräfteverhältnisse her, ein Durchbruch muss erzielt werden, solange Gorbatschow noch flexibel genug für einen Abschluss ist. Der Juni-Gipfel muss so erfolgreich sein, dass Gorbatschow seine Haltung in bezug auf den Bündnisstatus eines Vereinigten Deutschland in Richtung der amerikanischen Auffassung (NATO-Mitgliedschaft) verändert. Ein Abkommen CFE I wird in Washington als absolute Grundlage für alle weiteren Entwicklungen und als wichtigstes Ergebnis in den letzten Jahren gewertet. In bezug auf das Konzept von CFE II sei alles noch im Fluss. Eine Fortführung von CFE I in Rahmen der bisherigen Teilnehmer und unter Konzentration auf die Reduktion der vereinbarten Kontingente von je 195'000 Mann auf Seiten der USA und der UdSSR sei durchaus denkbar. JAC erklärt, die Schweiz sei für CFE II nicht Bittsteller für eine Ausweitung des Teilnehmerkreises von 23 auf 35, werde aber teilnehmen, wenn sie eingeladen werde.

Im Zusammenhang mit der Abrüstung informiert die amerikanische Seite über die an der Genfer Konferenz über chemische Waffen gemachten Vorschläge einer Reduzierung auf 20 Prozent der Bestände, wobei die USA als Fernziel eine Reduktion auf Null anstreben. Nicht gelöst ist die Frage der Verifikation und der Erkennung von Produktionsanlagen.

Geldwäscherei

Die amerikanischen Gesprächspartner beglückwünschen die Schweiz zur neuen Strafbestimmung gegen Geldwäscherei, welche als Beispiel für andere Länder dienlich sei. Die USA seien mit der Arbeit der von der G-7 initiierten Arbeitsgruppe sehr zufrieden. JAC stimmt zu und erklärt Zufriedenheit der Schweiz, an der Arbeit teilgenommen zu haben. Die bilateralen Gespräche über das amerikanische Kerry-Amendment, wonach gewichtige Dollartransaktionen von den Banken gemeldet werden müssen, sollen im Juni stattfinden. Im Kampf gegen die Produktion von Drogen und den immer mehr aufkommenden Surrogaten in Südamerika wünschen die USA weltweit eine Kontrolle der Exporte von dazu verwendbaren chemischen Substanzen in diesen Kontinent.

Regionalkonflikte

Lateinamerika

Uebereinstimmend wird festgehalten, dass ein Prozess des Vordringens eines demokratischen Pluralismus und der liberalen Marktwirtschaft ganz Lateinamerika erfasst habe, was die Pflege der Beziehungen zu diesem Kontinent erleichtern sollte. Bezüglich C h i l e kann der Zukunft optimistisch entgegengeblickt werden, wie auch in B r a s i l i e n. Die USA sehen in A r g e n t i n i e n ebenfalls Besserungsansätze und loben die Radikalkur zur wirtschaftlichen Gesundung.

In N i c a r a g u a und P a n a m a soll nach amerikanischem Wunsch die Wirtschaftshilfe verstärkt werden, auch mit europäischer Mitarbeit. Ohne Wirtschaftsgesundung könne die fragile Demokratie nicht stabilisiert, ja überhaupt kein Frieden in Zentralamerika erreicht werden. Wenn schon mit der gleichen Begründung den osteuropäischen Staaten geholfen werde, so sollten die europäischen Demokratien auch Zentralamerika unterstützen.

Die USA gehen davon aus, dass Nicaragua keine sowjetische Militärhilfe mehr empfangen werde, und dass Präsidentin Chamorro die Streitkräfte halbieren möchte. JAC erläutert, dass Panama wegen des zu hohen Pro Kopf-Einkommens keine Entwicklungshilfe erhalte, dass aber Beiträge über den speziellen Schweizer Kleinprojektkredit der Interamerikanischen Entwicklungsbank und über NGOs erbracht werden könnten.

Wenig Freude haben die USA mit Kuba, dessen Hilfsquellen, Panama, Nicaragua und Osteuropa am versiegen sind. Die Regierungsdauer Castros sei ungewiss, eine organisierte Opposition fehle. Eine Normalisierung der Beziehungen mit den USA komme frühestens mit der Einstellung der Guerilla-Unterstützung in El Salvador und Kolumbien in Frage.

Naher und Mittlerer Osten

Die amerikanisch-sowjetischen Afghanistan-Gespräche seien weniger kühl als auch schon, allerdings haben sich keine Annäherungen ergeben. Die Sowjetunion beharre trotz der offensichtlichen Schwierigkeiten Najibullahs (Revolte seines Verteidigungsministers) darauf, dass dieser an einer neuen Regierung teilnehme. Die USA meinen, Najibullah könne einer Regierung während einer Uebergangszeit ohne kontrollierende Stellung angehören, habe dann aber auszuscheiden. Für die USA ist eine Verhandlungslösung wichtig, da die zersplitterten Mujaheddin auf absehbare Zeit keinen militärischen Sieg werden erringen können.

Im Iran schätzen die USA weiterhin die schweizerischen Guten Dienste. Was die beiden inhaftierten Amerikaner Pattis und Rabhan betrifft, so erfüllt die Schweiz ihre Betreuungsaufgabe so gut als möglich. Einer von ihnen soll gemäss Gerüchten am 5. April nach zehnjähriger Haft entlassen werden. JAC schlägt vor, dass der amerikanischen Interessensektion in Teheran von Washington Geld zur Verfügung gestellt werde, damit an Ort und Stelle Lebensmittel für die Gefangenen gekauft werden können.

Ein neues Element hat sich ergeben, indem Teheran über den Schweizer Kanal erstmals eine Art von Agreementgesuch für den Leiter der iranischen Interessenssektion in der algerischen Botschaft in Washington stellt. Wiewohl eigentlich dazu der algerische Kanal hätte benützt werden müssen, wird vereinbart, dass die Schweiz das Gesuch an die USA weitergibt. JAC kommentiert dazu, dass die Tatsache, dass der Kandidat in den USA studiert hätte und ein aussenpolitischer Experte des Aussenministeriums sei, ein Zeichen dafür sei, dass Iran die Beziehungen qualitativ irgendwie verbessern und auf ein politisches Niveau heben möchte.

Im Westsaharakonflikt unterstützen die USA den Plan des UNO-Generalsekretärs und wünschen ihm und dem Sonderbeauftragten Manz viel Erfolg. Allerdings vermag ein gewisses Desinteresse an diesem Regionalkonflikt nicht verkannt werden. Grosses Engagement dagegen zeigen die USA bei der Propagierung des Baker-Friedensplans, ohne israelische Regierung allerdings sei alles blockiert. Auch die PLO erkenne die Lage und halte sich verantwortungsbewusst zurück. Eine Besiedlung Ost-Jerusalems und der anderen besetzten Gebiete durch zehntausende sowjetischer Juden, die dieser Tage einwandern, komme für Washington nicht in Frage; es gebe genug Platz in den nichtbesetzten Gebieten (Galiläa, Negev).

JAC orientiert über die Geiselauffäre im Libanon und bittet die USA um Mitteilung allfälliger nachrichtendienstlicher Erkenntnisse.

Afrika

In N a m i b i a sehen die USA eine moderate Haltung der Regierung gegenüber dem privaten Wirtschaftssektor. Bis jetzt seien keine Weissen ausgewandert, und die südafrikanische Beamtenschar erfülle vorderhand ihre Aufgaben weiter. Bis in etwa einem Jahr dürften sich zwei Hauptprobleme akut manifestieren: Die Suche der Schwarzen nach Beamtenstellen, besserer Ausbildung und Unterkunft sowie Forderungen der sich entwickelnden Gewerkschaften. Auch in M o z a m b i q u e seien positive Zeichen zu sehen, indem die Renamo ohne Vorbedingungen verhandeln möchte (unter Vermittlung von Malawi und Kenia). Ueberhaupt seien deren Forderungen nach freien Wahlen und Existenzrecht nicht unvernünftig. Sie ist ein reeller politischer Faktor. In A n g o l a stehe es ebenfalls zum Besseren, da die Regierung nun mit der UNITA Direktgespräche führen möchte, kein Exil für Savimbi und auch keine Integration der UNITA in die Armee mehr verlange. Das einzige Problem bestehe darin, dass es während der Verhandlungen keinen Waffenstillstand geben solle, eine Forderung der Regierung, welche Savimbi nicht ablehnt, obwohl er auch einen Waffenstillstand akzeptieren würde. Beide Parteien hoffen noch auf militärischen Gewinn in letzter Stunde. Aussenminister Schewardnadse habe zugesagt, die Parteien zu Gesprächen an einen Tisch zu bringen. Positives sei auch beim Rückzug der Kubaner zu melden, die nur unwesentlich hinter dem festgesetzten Zeitplan sind.

In bezug auf S u e d a f r i k a selber erklärt JAC die Befriedigung der Schweiz über die eingetretene Entwicklung und erläutert die Nichtverhängung von Boykottmassnahmen durch die Schweiz. Die USA anerkennen den Willen bei Präsident de Klerk und bei den schwarzen Führern zum Verhandeln und zur Lösung der wichtigen Preliminärfragen wie Rückkehr der Flüchtlinge, Frage der politischen Gefangenen, Vertretung der Opposition. Eine allzu schnelle Lösung dürfte angesichts des einen Drittels des ANC, der noch für Gewaltanwendung ist, nicht erwartet werden. Uebereinstimmend ist man optimistisch, dass die Parteien Formeln finden werden, die bei den Beschlussfassungen alle Interessen gebührend berücksichtigt. Sowohl die USA als auch die Schweiz glauben, dass

die Bantu-Homelands recht bald wieder in Südafrika eingegliedert werden. Im ganzen politischen Prozess sei die konservative Rechte weiterhin nicht zu vernachlässigen. Sie mache etwa 30 Prozent der weissen Wählerstimmen aus.

Weniger gute Aussichten sehen die USA im H o r n v o n A f r i k a , im S u d a n sowie in A e t h i o p i e n. Der Bürgerkrieg in Eritrea tobe weiter. Nach der Schliessung des Hafens von Massawa durch die Rebellen können lebenswichtige Güter nur noch per Luftbrücke ins Landesinnere gelangen. Mengistu gerät durch den auf Ende 1990 angekündigten Stop der sowjetischen Waffenlieferungen zusätzlich unter Druck.

In S o m a l i a gebe es keine Hoffnung, das Land werde mehr und mehr von Familienclans regiert, und auch im S u d a n sei mit der Rückweisung eines amerikanischen Friedensplanes eine Sackgasse entstanden. Die USA schlagen föderative Strukturen vor und wollen an den Friedensgesprächen selber teilnehmen. Im Sudan sei eine Lösung unter Bildung zweier Staaten wohl unausweichlich. Im allgemeinen betrachten die USA das Horn von Afrika heute strategisch als nicht mehr so wichtig für ihre Interessen.

Asien

Die USA bezeichnen die harte Reaktion auf die Ereignisse in C h i n a von 1989 als richtig und verteidigen die zwei Geheimmissionen von Eagleburger und Scowcroft, weil nur dadurch auf genügend hoher Ebene die strikte Haltung erklärt werden konnte. Heute versuche Washington, mit ganz kleinen Oeffnungen China von der schweren Isolation zu befreien. Eine Rückkehr zu normalen Beziehungen sei ausgeschlossen und würde harsche Kritik im Kongress hervorrufen. Die USA sind relativ optimistisch, dass sich in den nächsten Jahren die moderaten Führer in Peking durchsetzen werden. Der bilaterale Fall des in der US-Botschaft lebenden Physikers Fang Lixi könnte am besten durch eine Ausreise in ein Drittland, falls die Reise von China überhaupt bewilligt wird, gelöst werden. Die USA danken der Schweiz, sich für Hilfeleistung - wie etwa 20 andere Länder - zur Verfügung gestellt zu haben.

Im Falle K a m b o d s c h a s erachten die USA den australischen Vorschlag eines Trustfonds nur als politisches Statement relevant, in der praktischen Auswirkung aber als wirkungslos. Eine Lösung könne nur mit Flexibilität Chinas und Vietnams sowie Vertrauen in eine UNO-Lösung erreicht werden. In Washington verfolge man die Rückkehr mehrerer Tausender vietnamesischer Berater nach Kambodscha mit Unruhe. Hanoi habe scheinbar kein Vertrauen in den schwachen Hun Sen.

In V i e t n a m selber beobachte man einige wirtschaftliche Verbesserungen, allerdings halte die Flüchtlingswelle an.

Für die USA besonders wichtig sind die P h i l i p p i n e n, da in zwei Monaten Verhandlungen über die Flottenbasis beginnen, welche bis September abgeschlossen sein sollten. Präsidentin Aquino sitze nicht stark im Sattel. Allerdings seien solche Situationen auch der Preis der Demokratie.

In bezug auf N o r d - K o r e a stellen die USA eine grosse Angst Kim Il-Sungs fest, das gleiche Schicksal wie Ceausescu zu erleiden. Entscheidungen und Widerrufung von Entschlüssen sprächen für Differenzen im Führungskader. In Washington befürchte man eine blutige Macht ablösung zu gegebener Zeit. Um das Schlimmste zu verhindern, versuchen die USA, Nord-Korea sanft in einen Dialog mit dem Süden zu führen.

UNO-Fragen

JAC erläutert die schweizerische Namibia-Mission und unsere Bereitschaft, bei friedenserhaltenden Aktionen vermehrt mitzutun. Die Schweiz sei auch bereit, der UNO eine Art 'Ersatzmitgliederbeitrag' zu bezahlen, der etwa 1/3 des normalen Beitrages ausmachen dürfte.

Mit Bezug auf das Beitritts gesuch der PLO zu den Genfer Konventionen gibt JAC kurz den Ablauf der Geschehnisse wieder. Die USA haben davon abgesehen, auf die seinerzeitige schweizerische Notifikation zu reagieren, wohl wissend, dass damit weitere Reaktio-

nen provoziert worden wären. Im übrigen sind die USA fest entschlossen, allen zukünftigen Beitrittsgesuchen der PLO zu internationalen Gremien weiterhin energisch Widerstand zu leisten.

Die alljährlich wiederkehrende UNO-Resolution über Zionismus und Rassismus wird 15 Jahre alt. Die USA möchten nun im Lichte der Entwicklungen in Osteuropa und Lateinamerika versuchen, mehr Gegenstimmen als früher zu sammeln und ihrer Haltung Publizität zu verleihen.

Die USA ersuchen die Schweiz, alles daran zu setzen, dass die Weltmeteorologie-Organisation Genf nicht verlasse. Die WMO leide an Raummangel, und die Tschechoslowakei habe nun in Bratislava Gratisfazilitäten angeboten. Washington sträube sich dagegen, dass noch mehr Städte UNO-Sitze würden, und Bratislava biete auch sonst keine Infrastruktur.

Bei der UNESCO sehen die USA keinerlei Veranlassung wieder einzutreten. Der Generaldirektor habe in den letzten zwei Jahren zuwenig reformerische Durchschlagskraft gezeigt und biete zu scharfer Kritik Anlass. Japan würde bereits Beitragszahlungen zurückhalten.

3) visite du chef de la division politique ii en afrique australe (afrique du sud)

apres sa participation aux ceremonies d'indépendance de la namibie, amb. simonin s'est rendu du 22 - 28.03.90 en afrique du sud (ville du cap, johannesburg, pretoria). cette visite, la premiere d'un membre de la direction politique, a permis de rencontrer des representants du gouvernement (vice-ministre des affaires etrangeres, vice-ministre des affaires constitutionnelles, hauts fonctionnaires du mae), de l'opposition noire (mandela, kathrada, albertina sisulu et autres), de la frange liberale de la population blanche (un des 2 co-leaders du democratic party, le president de l'urban foundation, directeur idasa, etc. et de la colonie suisse, notamment a l'occasion du 100eme anniversaire de la swiss society helvetia. les entretiens ont surtout porte sur la situation en afrique du sud a la veille des premieres discussions formelles de l'anc avec le gouvernement, les relations avec les pays voisins ainsi que bilaterales.

la situation actuelle en Afrique du Sud est très volatile. la récente montée de la violence, en particulier dans le Natal, accroît les tensions dues aux incertitudes quant à l'avenir tant politique qu'économique du pays.

L'ANC considère que le gouvernement n'a rempli qu'une des six préconditions nécessaires à l'ouverture de négociations contenues dans la déclaration d'Harare, approuvée par l'OUA et l'ONU, à savoir la légalisation des organisations interdites. Les discussions s'ouvrant le 11 avril entre le gouvernement et l'ANC porteront surtout sur les prisonniers politiques, les exilés et l'état d'urgence, qui n'a été que partiellement levé. L'ANC estime que le rôle utile parfois joué par celui-ci pour faire face à la violence pourrait toutefois justifier son maintien dans certains cas de façon locale, par exemple au Natal, à la condition toutefois que son objectif ne soit plus de nature politique, mais de maintien de l'ordre. Une réglementation spéciale facilitera le retour temporaire de certains exilés afin de leur permettre de prendre part à ces discussions préparatoires. L'ANC veut naturellement une solution autorisant le retour permanent des exilés. Le président de Klerk et Mandela dirigeront les délégations.

Le gouvernement ne désire pas de calendrier de ces discussions puis des négociations, mais la fixation d'étapes intermédiaires, dont l'atteinte permettrait de créer et de consolider le climat de confiance nécessaire à toute solution. Il est toutefois plus pressé que l'ANC, gêné par les conséquences de sa longue interdiction. Le temps à sa disposition ne dépasse pas celui de la fin de la législature actuelle, en 1994. De rapides progrès permettraient de mieux contrer les risques réels de radicalisation pouvant résulter notamment de pressions accrues des milieux extrémistes.

Les opinions varient fortement quant à ce qui se passera après ces premières discussions formelles, même au sein du gouvernement. Celui-ci souhaiterait alors des "talks about talks" réunissant toutes les parties intéressées à des négociations. Cette phase serait probablement l'occasion de la formation d'alliances politiques en vue d'aborder ces dernières dans la meilleure position possible. Des négociations proprement dites devrait sortir une nouvelle constitution, dont l'adoption pourrait se faire par le parlement et tous les groupes concernés, ou par référendum, voire successivement des deux manières. L'ANC désire, lui, des négociations en vue d'un cessez-le-feu, puis la mise sur pied d'un gouvernement de transition, enfin la création d'une assemblée constituante. Il veut un état unitaire, alors que le gouvernement penche pour un modèle fédéraliste.

Les divergences sont aussi d'ordre économique. Le gouvernement espère que le système de libre entreprise en vigueur permette de créer suffisamment de ressources pour procéder à une certaine redistribution des richesses. Pour cela, il dit avoir besoin de capitaux et d'investissements étrangers. Il craint que les récents développements en Europe de l'Est rendent la chose plus difficile. Ceux-ci sont toutefois l'occasion d'un net rapprochement avec les pays de cette région, la Hongrie en particulier.

la volonté de l'anc de mener une politique de nationalisations correspond à son désir de voir de rapides améliorations dans le secteur socio-économique, considérées comme essentielles par la large majorité de la population noire en raison des graves inégalités que connaît le pays. outre le maintien, voire le renforcement des sanctions de toutes sortes, l'anc souhaite une aide importante de la communauté internationale, si les préconditions sont remplies après le 11 avril, afin d'assurer, entre autres, le retour et l'intégration tant des exilés que des réfugiés.

dans ce contexte humanitaire, il faut souligner la gratitude de l'anc envers le cior pour son rôle important en matière de défense et d'assistance des prisonniers politiques.

deux brèves rencontres ont eu lieu avec mandela, à windhoek et johannesburg. elles ont permis de l'inviter officiellement en suisse. il envisage d'inclure cette visite dans une tournée en europe. il a précisé qu'il tenait notre pays en haute estime. il espère se rendre compte sur place comment la suisse parvient à parler d'une seule voix tout en comptant 4 langues nationales.

Zimbabwe:

la visite Amb. Simonin à harare les 28/29.3.90 met fin à son voyage en afrique australe. cette dernière étape a permis de rencontrer le vice-ministre des transports, de hauts fonctionnaires du mae, le président du beira corridor group, ainsi que des représentants de l'anc, du zimbabwe institute for southern africa/cold comfort farm trust, soutenus par la suisse, et de la colonie suisse.

cette visite a coïncidé avec les élections parlementaires et présidentielles tenues peu avant le 10e anniversaire de l'indépendance du zimbabwe. la principale opposition au zanu pf de mugabe provient du zum (zimbabwe unity movement) de tekere, également candidat à la présidence. l'intense engagement de mugabe durant de nombreux meetings électoraux tenus encore ces derniers jours montre qu'il considère que ce parti, créé en 1989, présente un certain défi pour l'état à parti unique voulu par le zanu pf. celui-ci admet un certain débat démocratique interne, mais considère qu'une totale unité est nécessaire au pays pour assurer son développement et faire face à la menace sud-africaine. le fait qu'une certaine critique extérieure à ce parti soit possible, y compris à l'égard du président, et qu'elle soit reconnue même comme utile par des représentants du pouvoir, en particulier économique, est certes réjouissant. leur certitude que le zum va au devant d'une très large voire totale défaite pourrait toutefois favoriser une certaine contestation des résultats électoraux.

L'arrivee a echeance du Lancaster house agreement pourrait provoquer d'autres changements que l'abolition deja decidee du senat. dans le domaine economique, le principal probleme auquel sera confronte le gouvernement issu des elections sera la lutte contre le chomage, tres important et potentiellement dangereux pour la stabilite politique du pays. une seule redistribution des terres ne permettrait pas de la resorder. des mesures pourraient toutefois etre prises pour en intensifier l'utilisation et pour developper l'industrie, notamment celle de transformation des produits alimentaires.

de grands espoirs sont nes du nouvel etat d'esprit avec lequel

sont abordes les conflits en Afrique australe, notamment en Afrique du sud. les relations avec celle-ci sont empreintes d'un grand pragmatisme dans le domaine economique, comme en temoigne l'existence de missions commerciales dans les deux pays. celles avec le Mozambique sont caracterisees par la presence de quelque 7'000 militaires zimbabweens dans le corridor qui mene a Beira, si important pour le commerce exterieur du pays. une certaine integration economique des pays de la region devrait faciliter leur developpement. l'inclusion d'une Afrique du sud nouvelle au sein de la SADC presenterait toutefois certains risques de satellisation de ces pays.

sur le plan bilaterale, l'opportunitie de la signature d'un accord de protection des investissements avec le Zimbabwe a ete rappelee, apres celui recemment conclu en matiere de transports aeriens.

K. Jacobi



AD EDA
 Telegrafendienst
 3000 Bern

Referenznummer

i. A. 22.14.7.3-CB/VIV

Abfertigung

Druckart	Druckart	Farbe	Text art.	Fi	Abseher	Seite/nr
X	X				Presse und Info	1
Ja	Nein	Norm	Dring	Flash		
Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

wochentx

Informations hebdomadaires rapides no 14/90 du 02.04.1990

- 1) Visite du Chef du Département au Danemark, 29 et 30 mars 1990
- 2) Politische Gespraechе von Staatssekretaer Klaus Jacobi in Washington, 27.-29.3.90
- 3) Vorsprache im EDA einer litauischen Delegation

1) Visite Chef du Département (BRF) au Danemark, 29/30 mars 1990

BRF a été reçu par PM Poul Schlueter, accompagné de MAE Uffe Ellemann-Jensen (EJ) puis entretiens se sont poursuivis avec EJ. Il a rencontré délégation du PS danois conduite par Vice-présidente Britt Bjerregaard. Visite s'est terminée par audience auprès Reine Margrethe.

Substance des discussions a porté essentiellement sur développements en Europe. BRF a précisé position suisse face à intégration et négociation sur Espace économique européen (EEE). Partie danoise a souligné sa volonté d'ouverture dans cadre CE, insistant sur vocation européenne globale de cette entité, notamment en raison liens avec pays nordiques voisins. N'a pas caché par contre son scepticisme quant à chances de réussite EEE au regard difficultés relatives à co-décision. EJ a assuré néanmoins enga-

2.4.90

30 66

Ans: EDA
Telegraphendienst
3003 Bern

Referenznummer (Ziffern)

Abteilungsnummer (Ziffern)

Ordnungsnummer	Präzisionsnummer	Rechnungsnummer	Textbeleg	RI	Abseher	Seite Nr.
Ja	Nein	Norm	Ding	Farb		2
Empfangsperiode	Empfangsperiode	Empfangsperiode	Empfangsperiode	Empfangsperiode	Empfangsperiode	Empfangsperiode

gement à fond pour négociation réaliste. Sur évolution en Europe centrale et orientale, convergence de vues a été constatée, particulièrement sur irréversibilité processus unification allemande. EJ a rappelé préoccupation spécifique vis-à-vis pays baltes. Quant à CSCE, il a été admis de part et d'autre que son éventuelle institutionnalisation devait rester minimale afin de préserver qualité essentielle de flexibilité.

2) Politische Gespraechе von Staatssekretaer Klaus Jacobi (JAC) in Washington.

Vom 27. - 29. Maerz 1990 fuehrte JAC in Washington politische Gespraechе mit hohen Beamten des Staatsdepartements und des Nationalen Sicherheitsrates. Neben Deputy Secretary of State, Eagleburger, und dem Senior Adviser to the President des Nationalen Sicherheitsrates, Blackwill, traf JAC praktisch mit allen zustaendigen Assistant Secretaries und Undersecretaries of State zusammen, um einen umfassenden Tour d'horizon ueber die Entwicklungen in Osteuropa, Ost-West-Beziehungen, Abruestung, Regionalkonflikte, UNO-Fragen und Geldwaescherei zu fuehren. Bilaterale Probleme waren keine zu regeln, die Beziehungen sind ausgezeichnet. Eagleburger drueckte den Wunsch nach regelmaessigen Konsultationen aus. Die Ansichten der kleineren und speziell neutralen Laender zu den europaeischen Geschehnissen vermoechten heute mehr als frueher in Washington Denkprozesse auszuloesen.

Datum: _____
Telefax: _____

101-10000-21005

100
100
100
100
100

Ordnung	Empfänger	Empfänger	Empfänger	Empfänger	Empfänger	Empfänger	Seite/Nr.
Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	3
Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	

Berichte ueber mehr als ein Dutzend Gespraechе lassen sich im Wochentelex nicht einzeln wiedergeben, weshalb in der ausfuehrlichen Fassung ein nach Sachgruppen geordneter Ueberblick gegeben wird. Zu jedem Gespraech existiert dazu eine separate Notiz, die den direkt interessierten Stellen per Kurier zugesandt wird.

3) Vorsprache im EDA einer litauischen Delegation

Botschafter J. Staehelin (SIN) empfing am 27.3.1990 Herrn Arunas Degutis (D.), Abgeordneter des litauischen Parlaments, der vom Praesidenten und vom Vizepraesidenten der Gemeinschaft der in der Schweiz lebenden Litauer, N. Prielaida sowie A. Hofer, begleitet wurde. D. uebergab Schreiben des litauischen Parlamentspraesidenten Vytautas Landsbergis an Bundespraesident Koller und Bundesrat Felber. Die Vorsprache, die auf grosses Interesse der Medien stiess, gab SIN Gelegenheit, die Haltung der Schweiz zu erlaeu-tern (Antwort BRF auf Anfrage Ruf und Aubry, vgl. Zirkulartelex vom 20.3.90). D. und seine Begleiter draengten auf Anerkennung Litauens durch die Schweiz oder zumindest Moeglichkeit fuer Litauen, eine offizioese Vertretung in der Schweiz zu errichten. SIN erinnerte an die voelkerrechtlichen Voraussetzungen fuer die Anerkennung von Staaten und an das politische Umfeld, unter dem die Situation in Litauen zu beurteilen ist.

Jacobi

100
100
100
100

Interne Verteilerliste

CK - 9. April 90 15

Betrifft: IH + DP 14790 vom 2. April 1990

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
	Hr. Meier	MEF
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter Dayer	DD
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Pol. Dok. Dienst, Kanzlei pol. Sekr.		W 338
KSZE-Dienst	Hr. Widmer	WI
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg	LA
	Hr. Fivat	FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin	SIN
	Hr. Woker	WOK
	Hr. Jenni	JE
	Hr. Pardo	PR
Dienst Frankophonie	Hr. Kammer	KJF
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Simonin	SI
	Hr. Chappuis	CFR
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Duboulet	DC
Pol. Abteilung III	Botschafterin von Grünigen	GRN
Auslandschweizersekretariat	Minister Bodenmüller	
Koord. Int. Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch	KJP
	Minister Gyger	GWB
Sekt. UNO und int. Org.	Hr. Hofer	HER
Berater f. europ. Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sekt. int. wissenschaftl. Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF

Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Schmid	SCW
Sekt. f. kulturelle + UNESCO-Angelegenheiten	Frau Meier	MM
Sekr. der nat. schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Godet Minister von Däniken	KT GT VDF
Sektion Völkerrecht	Hr. Baumann	BWE
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sekt. Rekr. + Ausb. des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Brogini/Hr. Peter	BRO/PM
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Welti	WP
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Bollinger Hr. Castelli	BOL CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Dir. f. Entw. Zusam. + hum. Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Del. f. Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Rädgersdorf	RAE
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Dannecker	GI/ DAN
Informationsdienst	Hr. Beti	BEI
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Forschung und Politik	Hr. Melzer	MEL
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger	Ke
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste	Hr. Bill	BH

+ Vertrauliche Umschläge:

- Hr. Lorétan, Bundeshaus-West, W 134
- Seeschiffahrtsamt, Basel
- Botschafter Raymond Probst, Bern (durch Chauffeur zugestellt)

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan		
Abu Dhabi		
Addis Abeba	Hamburg	Panama
Akkra	Hanoi	<u>Panmunjom</u>
Alger	Harare	Paris (3)
Amman	Havanna	Prag
Amsterdam	Helsinki	Pretoria
Ankara	Hong Kong	Quito
Antananarive	Houston	Rabat
<u>Asuncion</u>	Islamabad	Rio de Janeiro
Athen	Istanbul	Rom
Atlanta	Jakarta	San Francisco
Bagdad	Johannesburg	San José
Bangkok	Kairo	Santiago de Chile
Barcelona	Karachi	Sao Paulo
Beijing	<u>Khartoum</u>	Singapur
<u>Beirut</u> NIKOSIA	Kigali	Sofia
Belgrad	Kinshasa	Stockholm
Berlin/BRD	Kopenhagen	Strassburg+Europarat
Berlin/DDR	Kuala Lumpur	Stuttgart
Bogota	Kuwait	Seoul
Bombay	Lagos	Sydney
Bonn	La Paz	Teheran + Fremde Interessen
Bordeaux	Lima	Tel-Aviv
Brasilia	Lissabon	Tokio
Brüssel+Mission	London	Toronto
Budapest	Los Angeles	Tripolis
Buenos Aires	<u>Luanda</u>	Tunis
Bukarest	Luxembourg	Vancouver
Canberra	Lyon	Warschau
Caracas	Madrid	Washington
Chicago	Mailand	Wellington
Colombo	Manchester	Wien
<u>Conakry</u>	Manila	Yaoundé
Dakar	<u>Maputo</u>	Zagreb
Damaskus	Marseille	Riad
Dar es Salaam	Melbourne	+ Mission permanente de la Suisse auprès des O.I., Wien
Den Haag	Mexiko	
Dhaka	Montreal	
Djeddah	Monrovia	
Dublin	Montevideo	
Düsseldorf	Moskau	
Frankfurt a/Main	München	
Genua	Nairobi	
Guatemala	New Delhi	
	New York, UNO+GK	
	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- IH+DP